

INVESTITIONEN IN BILDUNG BRINGEN DIE HÖCHSTE RENDITE

von Daniel Campolieti



Auf Einladung der SPD Stuttgart und der SPD Gemeinderatsfraktion kamen am 28. Februar 2012 rund 180 Gäste, darunter viele SchulleiterInnen, in das Haus der Architekten. Unter dem Motto „Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg“ stellte die Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer die Eckpunkte der neuen Bildungspolitik vor.

Die Ministerin erklärte in Ihrem Eingangreferat, dass Baden-Württemberg im Bildungsbereich schon relativ gut, aber immer noch zu selektiv sei. Das Schulsystem muss deshalb die Zukunft so aufgestellt werden, dass es zusätzlich auch für Bildungsgerechtigkeit sorgt. Dafür muss der Fokus auf frühkindlichen Bildung und einer Schulentwicklung, die moderne pädagogische Konzepte fördern, gelegt werden. „Wir lassen Entwicklung jetzt zu“, so Warminski-Leitheußer. Finanziert über die Grunderwerbssteuer investiert das Land Baden-Württemberg rund 315 Mio. Euro in den Ausbau der Krippenplätze. Trotz der hohen Investitionen wird dennoch die gesetzlich

vorgeschriebene Versorgungsquote bis 2013 nicht erfüllt. Deshalb muss dieser Schritt gemeinsam mit den Kommunen gemacht werden. Darüber hinaus steigt das Land wieder in die Finanzierung der Schulsozialarbeit ein.

Die Ministerin begründete die Investitionen in Bildung „mit der höchsten Rendite“, die sich daraus ergibt und deshalb wirtschaftlich sei. Just am Tag der Veranstaltung hat das Kabinett zudem beschlossen, die Krankheitsreserve innerhalb von 4 Jahren von 1,5 % auf 2,5 % zu erhöhen. In der Summe sind dies 800 Lehrerstellen. Auch die Fortbildungsmittel wurden um 1 Mio. Euro auf mittlerweile 7 Mio. Euro aufgestockt. Gekoppelt mit der Gemeinschaftsschule und dem Angebot seien dies die effizientesten Maßnahmen, Bildungsgerechtigkeit im Land herzustellen. Eine weitere pauschale und flächendeckende Senkung des Klassenteilers lehnt die Ministerin aus Kostengründen. Sie sprach sich stattdessen für eine gezielte Senkung des

Fortsetzung auf Seite 2



Die Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer beim Besuch einer Schule

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr erhaltet heute den dritten Newsletter. Ich persönlich finde es ein gelungenes Format, um mit Euch und mit vielen Nichtmitgliedern in Kontakt zu treten. Seit der zweiten Ausgabe erhalten neben den Genossinnen und Genossen einige hunderte Organisationen, Einrichtungen und Vereine aus Stuttgart ebenfalls diesen Newsletter. Die Rückmeldung war durchgehend gut, zahlreiche Personen haben bereits Gastbeiträge angekündigt. Aus diesem Grund haben wir in dieser Ausgabe gleich zwei Gastbeiträge vom AK Asyl und dem Mieterverein aufgenommen. Vielen Dank den Schreibern.

Wie Ihr vielleicht aus der Presselandschaft mitbekommen habt, sind wir in Sachen OB-KandidatIn auf der Zielgeraden. Es gibt noch einige Gespräche zu führen und notwendige Vorbereitungen zu treffen. Solidität geht vor Schnelligkeit. Wir werden uns daher auch den Terminplan nicht von außen vorgeben lassen und planen als Findungskommission, unseren Vorschlag nach den Nominierungen der anderen Parteien zu unterbreiten. Bis dahin bitte ich Euch noch um ein wenig Geduld. Wir werden Euch dann zeitnah über alles Weitere informieren. Bis dahin verbleibe ich mit

herzlichen Grüßen

Dejan Perc
Vorsitzender SPD Stuttgart

NEUES AUS DEM KREIS

FORTSETZUNG: INVESTITIONEN IN BILDUNG

Klassenteilers abhängig von Kriterien aus. Die Gemeinschaftsschule bildet neben der Wiedereinführung des 9-jährigen Gymnasiums den zentralen Baustein der neuen Bildungspolitik. Mit der Idee des gemeinsamen Lernens nach modernen pädagogischen Konzepten und einer individuellen Förderung der Kinder soll das „in die Schublade stecken“ nach der 4. Klasse enden. Kinder müssen sich in der Schule individuell entwickeln können. Ein Querdenken der Pädagogen ist ausdrücklich erwünscht.

G9 in Stuttgart

Beim Thema G9 musste die SPD den Kompromiss mit dem Koalitionspartner eingehen. Es werden 44 Standorte in jeweils 2 Tranchen auf Antrag genehmigt. Grundvoraussetzung sei die 4-Zügigkeit, aber Einzelfallentscheidungen sind möglich. Für Stuttgart stellte die Ministerin klar, dass mindestens eines der drei beantragten Gymnasien trotz der 2-Zügigkeit definitiv „nicht leer aus geht. Stuttgart wird dabei sein“, sicherte die Ministerin zu. In der anschließenden Podiumsdiskussion schilderte die Vorsitzende des Gesamtelternbeirats, Sabine Wassmer, dass 70% der Eltern mit dem G8-Zug unzufrieden seien. Dies liege vor allem daran, so Barbara Graf, Geschäftsführende Leiterin der beruflichen Gymnasien in Stuttgart, dass die Gymnasien

durch G8 quasi zur Ganztagschule gemacht worden sind, ohne dabei infrastrukturell unterstützt worden zu sein. Die Sprecherin der G8-Elterninitiative, Katharina Georgi-Hellriegel, empfand die Einführung von G8 als großes finanzielles Einsparungsprogramm der alten Landesregierung. Die Kinder werden durch G8 gehetzt und dies sei falsch. Die Eltern wollen dies nicht und das muss von der Politik zur Kenntnis genommen werden. Holger zur Hausen, Schulleiter des Zeppelin-Gymnasiums und einer der drei Bewerber um G9 in Stuttgart, bestätigte diese Aussage. Die Eltern wünschen sich G9 zurück. Mit G9 können die Schulen besser auf die individuellen Reifeprozesse der Kinder reagieren. Auch sei, wenn es die Kinder wünschen, ein Freizeitverhalten wie Vereinssport besser mit der Schule vereinbar. Zur Hausen geht von einem großen „run“ auf die G9-Klassen aus und mit den drei Bewerber-Schulen aus Stuttgart-Süd, Stuttgart-Ost und Feuerbach sei eine hervorragende Verteilung in der Landeshauptstadt sichergestellt.

Individuelle Förderung möglich

Der weitere Themenschwerpunkt des Abends war die Gemeinschaftsschule. Renate Schlüter, Geschäftsführende Schulleiterin für die Grund- und Hauptschulen, rechnet mit einer großen Nachfrage nach den Gemein-

schaftsschulen. Dieses Konzept gibt Antworten auf die Heterogenität der Gesellschaft. Denn diese bestehe aus unterschiedlichen Kulturen und Lernfähigkeiten der Menschen. Bisher wurden alle Schüler „in einen Topf geworfen“, nun ist endlich die individuelle Förderung möglich. Sabine Wassmer gab aber zu bedenken, dass sich viele Eltern noch nicht die individuelle Förderung und Entwicklung vorstellen können. Man braucht eine Schule, die dieses Konzept vorlebt, um die Eltern zu motivieren. Die Stadt unterstützt die Entwicklung hin zu der Gemeinschaftsschule. Hierfür wurden in den Haushaltsberatungen Gelder eingestellt. Auf Antrag können für Schulen bis zu 100.000 Euro z.B. für Hospitationen oder Lernveranstaltungen genehmigt werden.

Zweiten Bildungsweg ermöglichen

Zum Ende der Diskussion wurde der Fokus von Alfred Schäfer, Geschäftsführer der Gewerblichen Schulen in Stuttgart, auf die Berufsschulen gerichtet. In der Berufsschule gebe es heute quasi schon eine Gemeinschaftsschule. Das „unterschiedliche Klientel“ werde in 2,5 Jahren erfolgreich zum Abitur gebracht. 50% der Kinder und Jugendlichen erreichen die Hochschulreife über den Weg der Realschule und des beruflichen Gymnasiums. Insbesondere Schüler aus bildungsfernen Schichten schlagen diesen zweiten Bildungsweg erfolgreich ein. Dennoch wurden hier im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen die Fortbildungsmittel gestrichen. Gerade weil die beruflichen Schulen ihre Lehrer über den normalen Arbeitsmarkt rekrutieren, sei hier die Fortbildung besonders wichtig. Auch herrsche ein strukturelles Defizit, d.h. die Schulen können aufgrund des Unterrichtsausfalls den Pflichtunterricht nicht vollumfänglich anbieten. Die Ministerin stellte klar, dass diese Bugwelle der alten Landesregierung langsam abgebaut wird. Mit den bereits eingestellten Mitteln soll dieses Defizit von 4,5 % auf 4,0 % gesenkt werden.



NEUES AUS DEM KREIS

EIN FILDERDIALOG FÜR STUTTGART 21

von Matthias Tröndle

Ob für oder gegen „Stuttgart 21“ – als jüngst die teils jahrhundertealten Bäume im Schlossgarten fielen, wurden viele StuttgarterInnen auch von Wehmut beschlichen. Doch ebenso haben sich die Zeiten seit dem „schwarzen Donnerstag“, sichtlich geändert. Statt Wasserwerfern und Verletzten gab es nach der Räumung des Schlossgartens nun allseits Lob für den Polizeieinsatz. Unverkennbar ist nach der Volksabstimmung eine Befriedung des Konflikts um Stuttgart 21 eingetreten.

Diese Befriedung war von der SPD nicht nur erwartet worden, sondern Hauptgrund für den Vorschlag des Referendums. Dessen Ergebnis war eindeutig - die Mehrheit der Bevölkerung stimmte für die Verwirklichung des Projekts. Die Volksabstimmung hat zudem nachweislich die direkte Demokratie gestärkt, wie jetzt eine Studie der Uni Mannheim gezeigt hat. Die erste Volksabstimmung im Land seit vier Jahrzehnten empfinden heute knapp drei Viertel der Bevölkerung als positiv und für rund 90 Prozent steht außer Frage, dass das Ergebnis verbindlich ist und umgesetzt werden muss.

Eine neue Bürgerbeteiligung will nun die Landesregierung für den noch nicht planfestgestellten Filderabschnitt („PFA 1.3“) umsetzen. Die Projektpartner werden dem formellen Verfahren einen „Filderdialog“ vorschalten. Dabei sollen nicht nur die bisherige Planung und die Voraussetzungen erörtert werden, sondern auch alternative Trassen zwischen Rohr und dem Flughafen be-

rücksichtigt werden. In dem Verfahren wird aber eine Grundsatzdebatte über Stuttgart 21 und die Projektfinanzierung („Kostendeckel“) ausgeschlossen.

Die Durchführung des Filderdialogs ist nicht nur zugunsten der besseren Bürgerbeteiligung wichtig. Denn die bisher von der Bahn verfolgte Planung auf den Fildern hat einige Kritik hervorgerufen. Diese speist sich aus der Befürchtung, dass die vorgesehene Führung des Fern- und Regionalverkehrs über die bestehenden S-Bahn-Gleise eine mögliche S-Bahn-Erweiterung blockieren und zu mehr Lärm in Wohngebieten führen könnte. Vertreter der SPD haben deshalb eine neue Bahntrasse parallel zur Autobahn vorgeschlagen, wodurch der „Mischverkehr“ getrennt würde.

Auch die bisherige Planung des neuen Flughafenbahnhofs steht in der Kritik. Diese sieht den Bahnhof in etwa 250 Metern Entfernung zum bestehenden S-Bahnhof und in 26 Metern Tiefe vor. Ein Umsteigen zwischen den beiden Bahnhöfen wäre dadurch unattraktiv. Das erhoffte Verkehrsdrehkreuz für PendlerInnen im Nah- und Regionalverkehr käme so wohl kaum in Schwung. Die SPD hat deshalb eine Planung ins Spiel gebracht, die die beiden Flughafenbahnhöfe direkt nebeneinander vorsieht.

Ob und wie Alternativen in die Planung auf den Fildern eingehen könnten, wird von der Teilnahme der Bürgerschaft abhängen. Zu hoffen ist, dass dabei das große Engagement der Bevölkerung

zur Teilhabe an Politik und Planung erhalten bleibt. Wesentlich wird dabei die Bereitschaft der Projektverantwortlichen sein, in einen echten Dialog mit der Bevölkerung zu treten. Gemeinsam mit der Bürgerschaft wird die Umsetzung von Stuttgart 21 auf den Fildern erfolgreicher werden.

Der Stuttgarter SPD-Kreisvorstand hat die Aufnahme des Filderdialogs begrüßt. Noch ist allerdings offen, wer daran teilnehmen wird. Die SPD Stuttgart fordert, dass auch die Stuttgarter Bevölkerung, insbesondere aus den Filder-Stadtbezirken, zum Filderdialog eingeladen wird, da diese direkt und indirekt betroffen ist.

KURZ BERICHTET AUS DEM KREISVORSTAND

SCHLECKER

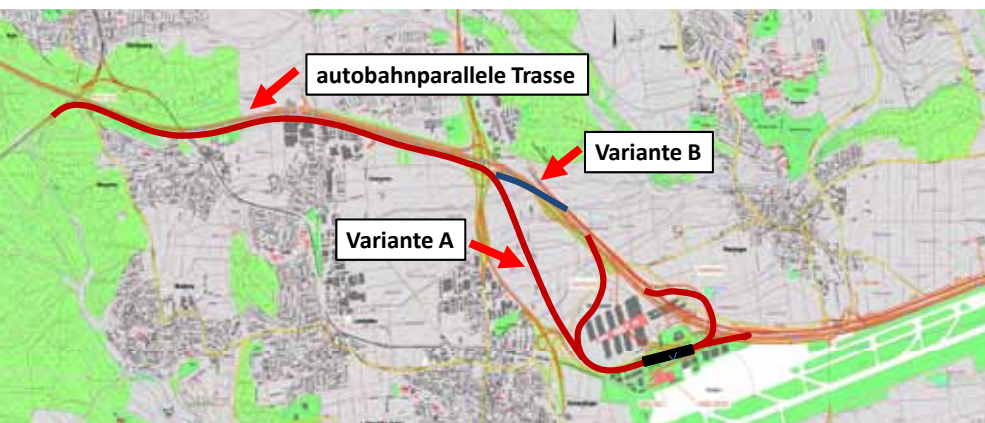
Der Kreisvorstand begrüßt das Vorgehen von Finanzminister Dr. Nils Schmidt. Er will aktiv Staatshilfen für die Finanzierung von Transfergesellschaften einsetzen und stellt staatliche Bürgschaften in Aussicht. In Stuttgart soll darauf geachtet werden, dass die Nahversorgung in Folge der Filialschließungen sichergestellt bleibt.

LBBW WOHNUNGSVERKAUF

Der Wohnungsverkauf an Patrizia wird sehr kritisch gesehen. Der Kreisvorstand wird sich für eine Erhaltungssatzung für das Nordbahnhof-Viertel stark machen. Darüber hinaus soll auf Landesebene eine mieterfreundliche Gesetzesinitiative gestartet werden.

STADTWERKE STUTTGART

Für April ist eine Sonderkreis Konferenz zum Thema Stadtwerke in Planung. Ihr geht eine SPD-interne Info-Veranstaltung voraus, welche eine fachliche Diskussion ermöglichen soll. Auf der Sonderkreis Konferenz wird die SPD eine Positionierung zum Stromnetz, der Energieerzeugung und weiteren Fragestellungen finden.



Variantenvorschläge der SPD-Landtagsfraktion für die Trassenführung

NEUES AUS DEM KREIS

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH DER SPD STUTTGART

von Daniel Campolieti

Die SPD Stuttgart und der SPD Ortsverein Stuttgart-Ost luden zum Politischen Aschermittwoch in das Theater Friedenau ein. Im Rahmenprogramm spielte der Musikverein Gaisburg. Der Ortsvereinsvorsitzende Daniel Campolieti begrüßte die rund 70 Gäste, darunter auch die beiden Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt und Ute Kumpf.

Dagegen habe Angela Merkel ihre Koalition nicht mehr im Griff. Mit Joachim Gauck hat die FDP den SPD-Kandidaten von vor 2 Jahren knallhart durchgeboxt. Der Ton sei entsprechend rüde, der CDU-Landes-Chef nennt die „Fast-Drei-Prozent“-Partei den Stummelschwanz der Koalition. Beschimpfungen untereinander, wie „Gurkentruppe“ oder „Wildsäue“ ste-

vestitionsprogramm in industrienahe Infrastruktur, Forschung und Entwicklung eingesetzt werden. Wenn es in den EU-Gremien keine Mehrheit dafür gibt, dann solle die Finanztransaktionssteuer eben nur in Deutschland eingeführt werden.

In dem anschließenden Redebeitrag des Kreisvorsitzenden Dejan Perc ging es ausschließlich um die OB-Wahl. „Wir erleben ein interessantes Schauspiel in der CDU. Noch ehe die eigenen Mitglieder der Findungskommission informiert sind, ernannt der CDU-Kreisvorsitzende Kaufmann eigenständig Sebastian Thurner. Der Kreisvorsitzende will einen Parteilosen, die Partei aber einen mit Stallgeruch.“ so Perc. Und prompt wird ein Andreas Renner nominiert, der die „9-monatige-Opfer-Tour“ für die Kandidatur aufnehme. „Die CDU habe also Mitte März die Auswahl zwischen einem Werbeprofi und einem Opferwilligen“, schmunzelte Perc.

Die SPD selbst befinde sich auf der Zielgeraden. Gute Gespräche werden geführt, nur eben nicht öffentlich. Zudem lasse sich solch eine traditionsreiche Partei nicht den Zeitplan durch den politischen Gegner diktieren. Deshalb wird es einen Vorschlag der Findungskommission erst dann geben, wenn sich die anderen Parteien sortiert haben. Dies wird erst Ende März geschehen.



V.l.n.r.: Daniel Campolieti, Ute Vogt, Katja Mast, Dejan Perc und Ute Kumpf

In der Hauptrede lobte die Generalsekretärin Katja Mast die Fortschritte durch die grün-rote Landesregierung. Im Bildungsbereich sind große Reformen umgesetzt worden, die nach und nach wirken. Von der Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflichtung bis hin zur Studiengebührenfreiheit und der Idee der Gemeinschaftsschule sei einiges im Fluss. Trotz der großen Differenzen in der Koalition bezüglich Stuttgart 21 sei der Ton innerhalb der Regierung moderat und von hohem Respekt geprägt.

hen für den Vertrauensbruch der Koalition. Mast habe auch den Eindruck, die Koalition regiere auch gar nicht mehr. Es werde keine Gesetze mehr eingebracht, sondern wenn überhaupt lieber Gelder gestrichen.

Investitionen in Forschung nötig

Zuletzt forderte Katja Mast für die Finanzierung eines solidarischen Europas die Finanztransaktionssteuer. Sie bringe europaweit 50 Milliarden Euro ein und solle für ein europäisches In-

OV STUTTGART-WEST: MARCUS BRUCKER ZUM NEUEN VORSITZENDEN GEWÄHLT

Bei der Jahreshauptversammlung der SPD West wurde Marcus Brucker zum neuen Vorsitzenden gewählt. Nach 12 Jahren an der Spitze hatte sich Jürgen Guckenberger entschieden, nicht mehr für den Vorsitz zu kandidieren. Marcus Brucker (Jahrgang 1983) ist angestellter Architekt in einem renommierten deutsch-englischen Architekturbüro in Stuttgart und seit 2001 Mitglied der SPD. Er gehört bereits seit 2002 dem Vorstand des OV-West an und war zuletzt Schriftführer und Wahlkampfleiter. Der neue Vorstand hat sich unter

dem Motto „Raus aus dem Hinterzimmer – rauf auf die Straße“ zum Ziel gesetzt, stärker als bisher in die Kommunalpolitik vor Ort einzugreifen. So soll die Arbeit der SPD für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die eigenen Mitglieder, stärker erlebbar werden. Themen für 2012 sind die Verbesserung des Parkraummanagements im Stadtbezirk, die Umgestaltung des Feuersees und die Erarbeitung eines stimmigen Schulentwicklungskonzepts zusammen mit den anderen Ortsvereinen der Innenstadt.



NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

SPD BIRKACH-PLIENINGEN MIT NEUER FÜHRUNG INS JAHR 2012

Der SPD Ortsverein Birkach/Plieningen hat sich auf seiner diesjährigen Jahreshauptversammlung am 15.02.2012 personell neu aufgestellt. Der 25-jährige Doktorand Marcus Lesser wurde zum Vorsitzenden gewählt. Als ehemaliger Sprecher der Juso Hochschulgruppe Hohenheim und Mitglied im Kreisvorstand der Jusos ist dieser bereits seit längerer Zeit für die Sozialdemokraten engagiert. Für den Ortsverein ist der Bildungsstandort Hohenheim ein wichtiges Anliegen, was nun auch personell unterstrichen wird. Mit fast 10.000 Studierenden und über 2.000 Beschäftigten ist die Universität eine wichtige Institution für die beiden Stadtteile. „Für uns Sozialdemokraten ist Bildung das wichtigste Zukunftsthema und fängt in einer angemessenen Kleinkinderbetreuung an, geht über einen guten Schulstandort bis zur Hoch-

schule hinaus“, so Marcus Lesser.

Bürgernahe Politik ist uns wichtig

Ulrich Berger wurde als Sprecher der Bezirksbeiratsfraktion nominiert. Der 59-jährige wird zukünftig die Fraktionsleitung der sozialdemokratischen Bezirksbeiräte übernehmen. „Auch weiterhin wollen wir die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort einbringen, eine bürgernahe Politik ist uns wichtig“, sagt Ulrich Berger. Im kommenden Jahr steht zudem der Planungsabschnitt PFA1.3 von Stuttgart 21 auf der Agenda. Vor allem der Lärmschutz muss hier für Birkach und Plieningen gewährleistet sein, führt Berger weiter aus. Die allseits bekannten Schwachstellen im Flughafenbereich müssen beseitigt werden. Ein weiteres Anliegen ist auch der Ausbau des



Dejan Perc mit Marcus Lesser

ÖPNV in den beiden Stadtteilen. Zum stellvertretenden Bezirksbeirat wurde Felix Rüdel gewählt.

Kontakt:

Marcus.Lesser@uni-hohenheim.de
Telefon: 0173 27 38 745

DER NEUE UND ALTE VORSTAND DES OV MÖHRINGEN

von Björn Selent

Am Freitag den 27.01.2012 lud die SPD Möhringen zu ihrer Jahreshauptversammlung ein. Dabei konnte die Vorsitzende Gisela Abt auch einige „Ehemalige“ begrüßen, die sich immer noch dem OV verbunden fühlen.

Zunächst berichtete Gisela Abt über die Arbeit des Vorstandes. Ende 2010/Anfang 2011 war geprägt von der Landtagswahl im März und den begleitenden Aufgaben im Wahlkampf wie Standbetreuung, Plakat- und Zeitungswerbung. Darüber hinaus lud der Ortsverein zu Veranstaltungen zu den Themen Bildung, kommunale Stadtwerke und Glücksspiel und konnte die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt zu einem öffentlichen Bericht aus Berlin begrüßen. Der OV stellte Anträge auf Kreiskonferenzen und zum Bürgerhaushalt und nahm mit einem eigenen Stand an der Eröffnung der Stadtbahnlinie U6 im Fasanenhof teil. Rudi Schaaf berichtete aus dem Bezirksbeirat unter anderem vom erfolgreichen Aufstellen eines neuen Bebauungsplans und des neuen Verkehrsstrukturplans für den Stadtteil Möhringen.

Der Bericht des Kassiers Jürgen Januszewski wurde von den Revisoren anstandslos bestätigt, so dass nach einer kurzen Diskussion Vorstand und Kassier entlastet wurden. Turnus gemäß standen im Anschluss Neuwahlen des erweiterten Vorstandes an, in denen Gisela Abt einstimmig als Vorsitzende wiedergewählt wurde. Mit Ausnahme des Kassiers und der Schriftführerin wurden alle weiteren Vorstandsmitglieder ebenfalls wiedergewählt. Da sich Jürgen Januszewski sowie Renate Heinrich leider nicht mehr zur Wahl stellten, wurden Björn Selent zum neuen Kassier und Susanne Kränzle zur neuen Schriftführerin gewählt. Der OV gratuliert allen gewählten Mitgliedern des neuen Vorstandes und bedankt sich bei den beiden ausgeschiedenen Genossen für ihren langjährigen Einsatz.

Zum Abschluss gewährte Roland Klose noch einen Einblick in die erfolgreiche Arbeit der neuen grün-roten Landesregierung und unterstrich dabei den neuen Ansatz Gemeinsam mit den Menschen, der die Politik in allen Ressorts deutlich mit präge. Der Ortsver-

ein unterstützt die Landesregierung dabei und freut sich auf ein facettenreiches Arbeitsjahr 2012.

NaturFreunde | 
STUTTGART

„DAS BESTE ABER IST DAS WASSER“

Unter dieses Motto stellen die Stuttgater Naturfreunde 2012 ein vielfältiges Programm:

Wanderungen und Vorträge zeigen alle Facetten einer unserer wichtigsten Ressourcen: Quellen, Flüsse, Brunnen und Seen in der Region können entdeckt werden.

Weitere Informationen können angefordert werden unter Naturfreunde, Bezirk Stuttgart e.V. Neue Straße 150, 70186 Stuttgart oder www.naturfreunde-stuttgart.de

GASTBEITRAG

DER AK ASYL STELLT SICH VOR

von Werner Baumgarten

1986 hat sich der AK ASYL als Hilfs- und Lobbyorganisation für ausländische Flüchtlinge in unserer Stadt konstituiert. Jeder, der sich auf rechtstaatliche Weise für Asylsuchende einsetzen will, ist willkommen. Einmal im Monat treffen sich betroffene Flüchtlinge und engagierte Bürger zu einem Plenum im Gemeindehaus der Friedenskirche.

Ins Asylbüro kommen tagaus - tagein ausländische Flüchtlinge mit ihren dringenden Anliegen und suchen Rat. Die meisten beanspruchen fachliche Begleitung und bitten in der Regel um materielle Unterstützung. Wir versuchen dabei, auf ihre komplexen Wünsche einzugehen und ihnen vor allem zu einem sicheren Aufenthalt zu verhelfen. Wir finanzieren für die sogenannte Passbeschaffung Fahrten zu den Konsulaten nach Frankfurt oder München vor allem für Iraner und Äthiopier. Wir finanzieren für Untergetauchte, Status- oder Mittellose Busfahrkarten zurück in die diversen Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens oder nach Rumänien. Wir helfen vielen Flüchtlingen bei der Entschuldung, indem wir sie aus Knebelverträgen herausholen.



Wir unterstützen viele bei der Begleitung der oft hohen Anwaltskosten. Mit viel Engagement versuchen wir, die Leute aus ihrer Misere herauszupauken und durchzubringen.

Wer zu uns flieht, riskiert sein Leben

In den vergangenen Jahren sind die Flüchtlingszahlen massiv zurückgegangen. Der Grund ist einfach. Viele Flüchtlinge schaffen es gar nicht mehr nach Europa, geschweige denn nach Deutschland. Wer zu uns flieht, riskiert sein Leben, wie einem 22-jährigen Afghanen passiert, dem auf der Herfahrt in einem LKW die Füße erfroren. Die Dunkelziffer der im Meer Ertrunkenen liegt bei weit über 20.000. Allein im vergangenen Jahr sind 2.000 Menschen auf dem Weg nach Europa ertrunken. Weil wir solchen Horror nicht tatenlos hinnehmen, haben wir eine Luftbrücke Mittelmeerraum-Stuttgart angeregt und 1.231 Unterschriften der neuen Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer feierlich übergeben. Jetzt hoffen wir auf die Unterstützung der neuen Landesregierung.

Der grün-rote Wechsel hat bereits einige Veränderungen in der Asylpolitik mitgebracht. Begrüßt wird die Aufhebung der Residenzpflicht, die verboten hat, dass Asylbewerber in einen anderen Landkreis fahren. Roman Herzog hat diese Restriktion als Innenminister zusammen mit Lothar Späth eingeführt. Darüber hinaus wird der Abschiebestopp für Roma aus Kosovo begrüßt. Zur Zeit steht die humanitäre Bleiberechtsregelung für Roma ins Haus. Es gibt derzeit 12 bis 14 Millionen Roma in den 27 EU-Staaten. In den früheren Ostblockstaaten werden sie meist ausgegrenzt und diskriminiert. Deshalb müsste statt phantasieloser Abschiebungen eine euroweite Kampagne für einen menschengerechten Umgang mit dieser größten Minderheitengruppe gestartet werden. Unser Land hätte hier einiges gutzumachen

Leider ist aber der erhoffte grün-rote Wind der neuen Landesregierung im Asylbereich noch nicht überall richtig

angekommen. Die Rücküberführung eines Afghanen ins flüchtlingsfeindliche Italien ordnete derselbe Spitzenbeamte an, den wir schon unter Schwarz-Gelb fürchteten. Der Asylbewerber musste im Verfolgerland Benzin schlucken und erblindete nach diesem barbarischen Akt.



Als AK ASYL kämpfen wir darum, dass Flüchtlingen wieder ein Fluchtweg zugestanden wird, auf dem sie weder kriminalisiert werden noch ihr Leben riskieren müssen. Wenn sie auf dem Echterdinger Flughafen einreisen, erwarten wir von Grün-Rot, dass Flüchtlinge dort Asyl beantragen dürfen und nicht - wie jungen Afghanen passiert - wegen illegaler Einreise für ein halbes Jahr nach Stammheim weiterwandern. Am 12. April 2012 werden wir deshalb in einer öffentlichen Veranstaltung mit Politikern diskutieren, welche positiven Veränderungen der Regierungswechsel für Flüchtlinge gebracht hat. Sie sind herzlich eingeladen.

Plenum des AK Asyl

**„1 JAHR NACH DER LANDTAGSWAHL
WAS HAT SICH FÜR ASYLSUCHENDE
POSITIV VERÄNDERT?“**

**12. April 2012
19.30 bis 22.00 Uhr**

**Evangelisches Gemeindehaus
der Friedenskirche
in der Schubartstraße 12
(Nähe Neckartor)**

KOMPETENT AN IHRER SEITE: DER MIETERVEREIN STUTTGART

von Rolf Gaßmann

Bürgerliche Mieter gründeten im Jahre 1900 als Selbsthilfeorganisation den Stuttgarter Mieterverein. Von Beginn an verstand man sich auch als politische Interessenvertretung der Mieter. Denn das 1890 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch hatte den Mietern zwar neue Rechte beschert, diese waren aber durch die Vertragsformulare der Haus- und Grundbesitzervereine schon wieder ausgehebelt worden.

Auch heute hat der Mieterverein mit seinen 30.000 Mitgliedern in Stuttgart eine eher bürgerliche Struktur. Die Mehrheit der Mitglieder wohnt in eher besseren Wohnverhältnissen, als der Durchschnitt der Stuttgarter Haushalte. Trotzdem ist der Einsatz für bezahlbares und würdevolles Wohnen von sozial Benachteiligten ein besonders Anliegen des Mietervereins und er stellt deshalb sein Leistungspaket den sozial Schwachen zu einem besonders günstigen (und nicht kostendeckenden) Sozialbeitrag zur Verfügung.

Dienstleister Mieterverein

Das umfangreiche Dienstleistungsangebot des Mietervereins enthält neben der kompetenten Beratung durch Mietrechtsexperten auch den Rechtsschutz mit eigener Prozesskostenhilfe. Die Stimmigkeit von Heizungs- und Warmwasserkosten überprüft der eigene Energieberater. ArchitektInnen des Vereins erstellen Gutachten über den Zustand der Wohnung, zum Beispiel bei Auszug oder Wohnungsmängeln. Viele Mitglieder nützen auch den Service elektronischer Medien: E-Mail-Beratung und Newsletter mit nützlichen Hinweisen auf die aktuelle Rechtsprechung. Da nur Mitglieder be-

raten werden dürfen, gibt es die „All-inclusive-Leistungen“ mit günstiger Jahresmitgliedschaft für nur 78,- € im Jahr, inklusive Rechtsschutz. Im dritten Jahr sinkt der Beitrag sogar auf nur noch 66,- €. Ein einfaches Beratungsgespräch beim Anwalt würde dagegen in der Regel schon das Dreifache kosten. Viele wissen dies zu schätzen und so ist nahezu die Hälfte der Mitglieder 10 Jahre und länger dabei.

Soziale Wohnungspolitik

In der Beratung und Mitgliederbetreuung setzt der Verein auf Professionalität: 20 fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie 8 selbstständige Anwälte, 2 freie Architektinnen und ein Energieberatungsbüro sind für die Mitglieder tätig. In der Vereinsführung und mieterpolitischen Arbeit überwiegt das Ehrenamt: So wird der Mieterverein vom 7-köpfigen Vorstand unter Führung von Rolf Gaßmann geleitet. Er und viele andere engagieren sich auch in der SPD für eine soziale Wohnungspolitik. Bei einem Ausgabevolumen von ca. 2 Mio. Euro jährlich verlangt die Vorstandstätigkeit einiges an Verantwortung und zeitlichen Einsatz ab. Die Hauptversammlung des Mietervereins mit zuletzt 450 Beteiligten tagt alle zwei Jahre, wählt die Ehrenamtlichen und fasst mieterpolitische Beschlüsse.

Bezahlbarer Wohnraum in Stuttgart

Der Mieterverein Stuttgart streitet für eine soziale Wohnungspolitik in Stadt, Land und im Bund. Weil auf dem freien Wohnungsmarkt unter 9 Euro netto und kalt pro Quadratmeter fast keine Wohnungen mehr angeboten werden, engagiert sich der Verein für mehr bezahlbaren Wohnungsbau in Stuttgart. Seit dem Ausscheiden von Alt-OB Rommel wurde der Soziale Mietwohnungsbau in Stuttgart drastisch zusammengestrichen. Wurden Mitte der 90er Jahre noch 600 (!) Sozialmietwohnungen jährlich erstellt, so waren es in den letzten Jahren weniger als 50. Auch die im neuen Haushalt beschlossenen 100 Sozialmietwohnungen pro

Jahr sind kein großer Wurf. Auf Landesebene deutet sich nach Ablösung der schwarz-gelben Koalition ein Paradigmenwechsel an: So wird das Land in diesem Jahr zusätzlich 25 Mio. Euro an Eigenmitteln für die soziale Wohnraumförderung bereit stellen.

Mietsprünge durch Investitionen

Die Dachorganisation von 400 Mietervereinen im Bundesgebiet ist der Deutsche Mieterbund (DMB) in Berlin. Aktuell stehen im Zentrum der Arbeit des DMB die Sorge um den Klimaschutz und Bestrebungen der Regierung Merkel, das Mietrecht entscheidend zu



verschlechtern. Zwar beschwört der CDU-Umweltminister in Sonntagsreden den Klimaschutz, gleichzeitig aber werden die Bundesmittel für das Energieeinsparprogramm dramatisch gekürzt. Ohne finanzielle Beteiligung des Staates führen Energie-Einsparinvestitionen zu nicht mehr bezahlbaren Mietsprüngen, vor allem wenn sie vom Mieter über die 11 % Umlage in 9 Jahren allein getragen werden müssen. Den aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Abschaffung des Minderungsrechts der Mieter bei energetischer Sanierung bezeichnet Rolf Gaßmann als Geschenk an die Hausbesitzerlobby und systemwidrigen Eingriff in das Bürgerliche Gesetzbuch, welches bislang die volle Gegenleistung nur bei voller Leistung eines Vertragspartners vorsieht. „Es kann nicht angehen, dass der ganze Mietpreis fällig wird, obwohl der Mieter drei Monate lang nur ein Zimmer seiner Wohnung bewohnen kann, im Keller duscht und im Container auf dem Hof zur Toilette geht“, empört sich Rolf Gaßmann.



NEUES AUS DEN AGen

STUTTGARTER BUNTE HÄNDE WANDERN NACH DRESDEN

von Nicolas Schäfstoß

Die Jusos Stuttgart hatten am Samstag, den 11. Februar auf der Königstraße die bunten Hände der Stuttgarterinnen und Stuttgarter für Demokratie, Toleranz, Menschlichkeit und gegen Rechtsextremismus gesammelt. Das farbenfrohe Kunstwerk ist eine Woche darauf gemeinsam mit 50 Jusos nach Dresden gewandert. „Wir freuen uns, dass trotz der eisigen Temperaturen, so viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter ihre Handschuhe ausgezogen haben, um ein buntes Zeichen gegen rechts zu setzen! Jeder Handabdruck steht für einen Menschen in unserer Stadt, der dem Rechtsextremismus Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit entgegensetzen möchte!“, fasst Nicolas Schäfstoß, Sprecher der Jusos Stuttgart, die Beteiligung an der Aktion des SPD-Nachwuchses zusammen.



Vertreter der Jusos Stuttgart in Dresden

Demokratie und Menschlichkeit

Das bunte Banner mit dem Aufdruck „Stuttgart gegen Nazis“ ist am vergangenen Samstag zur bundesweiten Demonstration des Bündnis „Dresden Nazifrei“ gemeinsam mit rund 50 Jungsozialisten in die sächsische Landeshauptstadt gewandert. In Dresden haben rund 10.000 Menschen aus

Zivilgesellschaft, Jugendverbänden, Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen und anderen antifaschistischen Organisationen Flagge gezeigt und gefeiert: Denn, nachdem die Naziaufmärsche in den vergangenen beiden Jahren erfolgreich durch tausende mutige Bürgerinnen und Bürger blockiert wurden, fand die einst größte Naziversammlung Europas in dieses

Jahr erst gar nicht mehr statt. „Der spontane Aufmarsch im Rems-Murr-Kreis und der jüngst in Pforzheim abgehaltene Fackellauf zeigen aber, dass wir den Faschisten die Straße weiterhin nicht überlassen dürfen und der Kampf gegen rechts nicht nur an so symbolträchtigen Orten wie Dresden notwendig ist“, so Schäfstoß abschließend.

FRAGEN AN EIN SPD-NEUMITGLIED

von Daniel Campolieti

Name: Anaïck Geißel
Alter: 17
Stadtbezirk: Stuttgart - Mitte



Was war der Grund deines Eintritts?

Ich möchte mich politisch engagieren und meine politische Einstellung deckt sich am meisten mit der der Jusos. Außerdem stört mich, dass

die Jugend vom Großteil der Gesellschaft als politikverdrossen und desinteressiert abgestempelt wird, deshalb möchte ich in meinem Umfeld ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Was sind deine privaten Interessen?

Ich bin sehr politisch interessiert, deshalb bin ich im Jugendrat aktiv. Ich bin Mitmachen-Ehrensache-Botschafterin um mich für andere einzusetzen. Außerdem bin ich Schülersprecherin und setze mich für die Verbesserung des Schullebens ein.

Eine Welt ohne SPD wäre ...

noch weniger gerecht, als sie es ist.

Das wünsche ich mir für die SPD...

dass sie zu ihren ursprünglichen Werten zurückfindet und wieder mehr Verankerung in der Gesellschaft findet.

In welchen Gliederungen bist du aktiv?

Bei den Jusos im Kreisverband Stuttgart

Was hat dich bewogen aktiv zu werden?

Wir haben zwar in Deutschland weit aus höhere gesellschaftliche Standards als in vielen anderen Ländern, trotzdem gibt es noch Missstände die es zu beheben gilt. Die Jusos versuchen die Gesellschaft zum Besseren zu verändern und ich möchte mich gerne einbringen und etwas bewegen.

NEUES AUS DEN AGen

DIE PG ZUKUNFTSFÄHIGES STUTTGART

von Jürgen Schmid

Die Projektgruppe wurde 1997 von der Kreiskonferenz mit dem Auftrag „das Konzept des sozialökologischen Umbaus für die Region Stuttgart zu konkretisieren“ auf die Reise geschickt. Nur wusste niemand in der SPD so recht, was sozialökologischer Umbau eigentlich bedeuten soll. Altmeister Erhard Eppler hatte uns mit auf den Weg gegeben, nur noch qualitativ zu wachsen, danach aber die SPD mit der Frage, wer die vielen Daimlers kaufen sollte, allein gelassen.

In den ersten Jahren ihres Bestehens führte die Projektgruppe insgesamt drei ganztägige und hochkarätig besetzte Fachkongresse zu den Themen „Nachhaltige Wirtschaftspolitik“, „Zukunft der Arbeit“ und „Zukunft der Mobilität“ durch. Wir arbeiteten an fast allen Kommunalwahlprogrammen mit (zur Vermeidung allzu abschreckenden Pragmatismuses) und haben es auch ein paar Mal geschafft in Bundeswahlprogrammen unsere Spuren zu hinterlassen.

Chance: Stadtwerke Stuttgart

Mit den Kongressen war der gesamte Bogen des sozialökologischen Umbaus gespannt: Wie muss sich die Ökonomie angesichts knapper werdender Rohstoffe verändern, welche Auswirkungen wird dies auf die auto- und exportfixierte Region Stuttgart haben und was bedeutet dies für die Zukunft der Arbeit?

Ein paar wenige Schritte in die richtige Richtung ist die Gesellschaft inzwischen gegangen. Nach der verheerenden Havarie von vier AKWs in

Japan haben sogar die Konservativen verstanden, dass an der Energiewende kein Weg vorbeiführt. Die dezentrale Energieversorgung wird hier eine wichtige Rolle spielen. Stadtwerke sind derzeit die wesentlichen Unternehmen, die diesen Ansatz voranbringen. Daher mischt sich die PG innerhalb der SPD und bei den Initiativen aktiv in die aktuelle Diskussion ein und tritt für 100 % kommunale Stadtwerke ein. Für Stuttgart ergibt sich jetzt die einmalige Chance in diesen wichtigen Wachstumsbereich einzusteigen. Mit eigenen Stadtwerken kann die Stadt einen deutlichen Beitrag zur Energiewende und zum Aufbau dezentraler Energiesysteme leisten. Um dies zu erreichen müssen wir alle mit vereinten Kräften die strukturkonservative Verwaltung der Stadt auf das richtige Gleis setzen.

Strukturwandel in der Region

Ein zweites wichtiges Thema, mit dem sich die PG befasst, ist der Strukturwandel in der Region. Karin Bauer hat sich dieses Themas angenommen. Der Strukturbericht der Region Stuttgart belegt die Export- und Automobilastigkeit der Region. Wir haben 2008 erfahren wie schnell sich eine dramatische Schiefelage in der Region entwickeln kann. Wir haben auch gesehen, dass ein überlegtes und koordiniertes Handeln der Wirtschaft, der Politik und der Gewerkschaften die Krisenfolgen deutlich mildern kann. Der Strukturbericht zeigt auch die Chancen, die mit einer Ausrichtung der Wirtschaft auf Ressourcen- und Energieeffizienz verbunden sein können. Hier für wollen wir mit Perspektive auf die Kommunal- und Bundestagswahlen wichtige Ansätze aufzeigen.

Es gibt also noch viel zu tun!

Kontakt: Jürgen Schmid
schmiddi-degerloch@arcor.de
Telefon: 0163 16 37 654

TERMINE

JAHRESHAUPT- VERSAMMLUNG MITGLIEDERÖFFENTLICH

26. MÄRZ 2012, 18 UHR
GEWERKSCHAFTSHAUS
WILLY-BLEICHER-STR.20
70174 STUTTGART

AKTUELLE INFOS IM INTERNET:

 spd-stuttgart.de

 twitter.com/spdo711

 facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den eingesandten Beiträgen der Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de